

Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,  
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 thlr. 10 Sgr.,  
mit Botenlohn 1 thlr. 17 Sgr. 6 Pf.  
Für Pomern und das übrige Deutschland 1 thlr. 11 Sgr. 6 Pf.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.  
Für Stettin: die Grafmann'sche Buchhandlung,  
Schulzenstraße Nr. 341.  
Redaction und Expedition daselbst.  
Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

# Stettiner



# Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

No. 51.

Donnerstag, den 31. Januar.

1856.

## Die Stargard-Posener Eisenbahn.

Vollständig eröffnet wurde diese Bahn am 10. August 1848; sie übernahm zugleich die Stettin-Stargardter Strecke in Pacht, wie bereits in dem früheren Artikel (Nr. 47) bemerkt ist. Die folgende Zusammenstellung gewährt eine Uebersicht über die Entwicklung des Verkehrs auf dieser Bahn.

Jahr.	Brutto-Einnahme.	Betriebs-Ausgabe.	Reine Einnahme.	Divi-ende.
1849	280,174	287,449	—	—
1850	308,198	313,543	—	—
1851	334,401	351,095	—	—
1852	450,854	420,053	30,801	—
1853	576,255	405,776	170,479	—
1854	690,454	506,507	183,947	2/10 pCt.
1855	? 781,560	—	—	24

Unter den Einnahmen sind die Einkünfte der Stettin-Stargardter Strecke einbegriffen, sowie unter den Ausgaben das an die Berlin-Stettiner Gesellschaft zu zahlende Pausch quantum zugerechnet ist. Die Einnahme pro 1855 ist nach den Veröffentlichungen des Staats-Anzeigers berechnet, und danach die zu hoffende Dividende von 4 pCt. ermittelt.

Der Verkehr auf dieser Bahn hat sich also seit sieben Jahren fast verdreifacht, und während derselbe noch im Jahre 1851 nicht einmal die Betriebskosten deckte, wirft er in diesem Jahre bereits eine Dividende von 4 pCt. ab.

Besonders günstig wirkte auf diese Vermehrung des Verkehrs die Dübahn ein, daher auch die Strecke von Kreuz bis Stettin besonders rentabel ist, während Kreuz-Posen noch als ein verlornes Posien dasteht.

Indessen durch die noch in diesem Jahre zu gewärtigende Eröffnung der Posen-Dreslauer Bahn wird auch dieser Theil einen bedeutenden Zuwachs erhalten, und die Stettin-Stargard-Posener Bahn dann erst ihre volle Bedeutung gewinnen.

Es kann nicht ausbleiben, daß die immer reicher sich entfaltende Provinz Posen, ferner das produktreiche Schlesien und endlich selbst das sich immer mehr entwickelnde Eisenbahnen des österreichischen Staates dieser Bahn bedeutende Verkehrselemente zuführt, und daß sie vielleicht schon nach wenigen Jahren zu den besser rentirenden Bahnen des preussischen Staates gehören wird.

## Zur modernen weiblichen Erziehung.

(Fortsetzung.)

Die Berechtigung der weiblichen Bildung soll entfernt nicht bezweifelt werden, und die wohlfeile Verdammung der modernen weiblichen Erziehung von Seiten der Männer, mit der Redensart: ich brauche einmal keine Frau, die mir botanische Exkursionen und chemische Experimente macht, Somatologie und Psychologie treibt, italienische Arien singt, und doch mit all dem nicht für die Haushaltung taugt; eine gute Suppe ist mir lieber, als alle ihre Chemie und Astronomie — diese wegwerfende Verurtheilung jeder höheren Bildung des Weibes, als ob dasselbe einer solchen weder fähig noch bedürftig wäre, erniedrigt den Mann selbst, der es ausspricht. Aber etwas Nichtiges liegt doch in der Geringschätzung einer solchen sogenannten vielseitigen Bildung, eben sofern es die Institutsbildung ist. Nicht die Bildung überhaupt, sondern der Weg, auf welchem sie erstrebt wird, und der Begriff, den man von derselben zu haben scheint, soll angegriffen werden, und das führt mitten in die Institute hinein. Die Institute sind die Sitze der Halbwissenerei, und der Verfasser vergleicht den Bildungsgang der Mädchen, wie er in jenen Anstalten geregelt zu werden pflegt, ganz treffend mit jenem der Zöglinge in den Schullehrerseminarien, und eine aus dem Institut eben entlassene Jungfrau mit einem aus dem Seminar getretenen Provinzior. Was sollen, sagt der Verfasser, jene Fräulein alles lernen von der Zeit an, wo der eigentliche Schluß beginnt, d. h. vom dreizehnten bis siebenzehnten Jahr! Es gehört schon einige Gedächtniskraft dazu, nur den Stundenplan ordentlich zu behalten: Französisch, Englisch, Italienisch (manchmal auch Deutsch!), Physik, Botanik, Geschichte, Geographie, Literatur, Chemie, Anthropologie, Astronomie, Mineralogie, Drostognose, Zeichen, Musik, Tanzen, Mythologie, Kunstgeschichte u. c.; nur im Rechnen und in der Orthographie sind sie nicht immer Hegemeister. Förmliche Studien nur weniger dieser Wissenschaften können bis zum siebenzehnten oder achtzehnten Jahre nicht abgemacht werden; der Mann, der sich ihnen widmen will, braucht von diesem Alter an noch Jahre, um seiner Wissenschaft einigermaßen Herr zu werden. Und Mädchen, welche die notwendigen Vorstudien doch nicht gemacht haben, sollen das Duzend Wissenschaften, deren Namen schon den Kopf zu verwirren geeignet sind, in drei bis vier Jahren sich zu eigen gemacht haben? Und wenn das Kunststück zu gelingen scheint, daß sie aus der modernen Pelzmühle zauberisch hervorgehen, dann sind sie ungefähr in derselben Gemüthsverfassung, wie der geschilderte Lehrgehilfe. Sie wissen erstaunlich viel, und verdienen

also ein glänzendes Loos; da sie aber die Wirklichkeit mit diesen ihren gerechten Wünschen nicht im Einklang finden, da sie großentheils in einfache häusliche Verhältnisse zurückkehren, und auch der künftige Gemahl vielleicht von all ihrer Wissenschaft nichts wissen will, und die Hahn-Hahn'schen männlichen Ideale überhaupt nicht da sind, die sie sich im Institut gebildet, so werden viele unzufrieden und unverträglich, verachten die Söhne ihres Standes, die ihnen „zu klein“, zu unbedeutend sind, und entfremden sich mehr und mehr ihrem eigentlichen Beruf in dem ihnen angewiesenen natürlichen Kreis. So kommen die neuerdings so häufigen Heirathen vor, bei welchen eine Kreuzung der Stände stattfindet, wenn nämlich so oft reiche Bauern-, Müllers-, Wirthstöchter u. c. einen Amtmann, Assessor, Arzt bekommen. Und jener liberale Regierungsrath im „Münchhausen“ spricht mit Salbung: „Wir heirathen heutzutage sogar Judentöchter.“ Ohne die Institute wäre das nicht gut möglich, aber so — sie sind ja gebildet, und haben Anspruch, darauf durch die Heirath sich in den gebildeten Ständen auch einzubürgern. Ein Beamter oder Offizier z. B., der sich mit Wehmuth täglich wiederholt: „ich habe nichts als mein Leben, das muß ich dem Könige geben“, wirft sein Auge auf die Thaler einer reichen Pflanzendochter, welcher er aber nur besitzgen kann, wenn er die letztere dazu nimmt. Diese ist zwar ein Bauernmädchen, und dazu ein ganz einfaches, aber es ist gleich geholfen; man nimmt sie wie sie ist, schiebt sie in ein Institut, und, o Wunder, nach einem Jahr kommt sie in tabelloser Schöne aus der berühmten Schnellleiche zurück. Probatum est. Und dies ist denn freilich auch bei vielen von Anfang an Grund und Zweck ihrer Institutsaufbahn, mit Hülfe der daselbst erworbenen Bildung glücklich an den Mann zu kommen, wenn man auch nicht, mit dem Verfasser, den Anstalten selbst vorwerfen will, daß sie bewußt zu diesem Zweck die Töchter „fertig machen“ wie man „Gänse nudelt“, und den Eltern, daß sie von Anfang die Absicht gehabt, die fertig gemachte Waare wohlletzt „auf den Markt“ zu bringen.

Aber die Eltern sind wirklich zufrieden, das Kind mit allerlei blendendem Glitter und aufgepappten geistreichen Etiketten behangen zurückzuerhalten, mögen diese auch wieder abfallen, sobald der Kleister trocken geworden, wenn sie nur so lange halten, bis der glänzende Ruf sich ausgebreitet und das allgemeine Urtheil sich festgestellt hat: „sie ist ein gebildetes Mädchen.“ Man wird in dieser Meinung bestärkt, wenn man die flügge gewordenen, aus dem Nest entlassenen Vögelchen zwitschen hört. Da wird alles gethan, um mit jenem Schein die Welt zu bestechen.

Und wegen einer solchen lügenhaften Scheinbildung schiebt ihre Mütter eure Töchter in die Anstalten, und der Vater läßt sich sauer werden, die 500 fl., die es jährlich kostet, aus seinem Einkommen herauszuschwigen? Viele Eltern empfinden allerdings wohl, daß die Institutsbildung nicht die alleinseligmachende ist, und manche Mutter, die nach der alten Weise geschult und erzogen worden ist, fühlt sich ihrer aus dem Institut entlassenen Tochter an wahrer geistiger Bildung weit überlegen, dennoch wird sie auch ihre übrigen Töchter ins Institut schicken. „Ich muß“, sagt sie, „denn die Zeit verlangt es, und man kann doch nicht hinter andern zurückbleiben.“

Ich aber sage: Summa Summarum, das Französischplaudern sammt allem Institutspulver ist die drei- bis viermal 500 fl. nicht werth, welche in der Regel dran gerückt werden müssen.

## Orientalische Frage.

**Wien, Mittwoch, 30. Januar, Vorm.** Die „Ostdeutsche Post“ theilt mit, Oesterreich werde im deutschen Interesse demnächst einen Antrag bei der Bundesversammlung stellen, der dahin geht, daß die Bundesversammlung sich die gestellten Präliminarpunkte aneignen möge, um für Deutschland eine Theilnahme am Kongresse zu ermöglichen.

**Paris, Dienstag, 29. Januar, 2 Uhr Nachmittags.** Der Constitutionnel enthält einen Artikel, dem zufolge der Kongress in Paris statt finden wird; es sei nicht wahrscheinlich, daß auf demselben von den deutschen Mächten Oesterreich allein vertreten sein werde; Preußen werde ohne Zweifel daran Theil nehmen.

**London, Mittwoch, 30. Januar, Vormittags.** „Morning Post“ meint, Preußen werde von den Allirten nicht zu den Konferenzen, wohl aber zur Unterzeichnung des eventuellen Friedensvertrags eingeladen werden. „Morning Post“ enthält einen kriegdrohenden Leader gegen Amerika.

Die telegraphisch erwähnte Mittheilung der „Morning Post“ lautet: „Wir können melden, daß von den Vertretern Englands, Frankreichs, Oesterreichs und Rußlands fast unverzüglich ein Protokoll in Wien unterzeichnet werden wird, in welchem die Thatsache, daß die Vorschläge Oesterreichs von dem russischen Kabinete angenommen sind, verzeichnet und für die Eröffnung der Konferenz auf Grund jener Vorschläge ein Tag festgesetzt werden wird. Die Konferenzen werden ungefähr in drei Wochen in Paris eröffnet werden, welche Stadt gleichzeitig von England und Rußland als Sitz der Unterhandlungen vorgeschlagen wurde. Bevollmächtigte werden sofort von den betreffenden Mächten ernannt

werden. Die Lords Clarendon und Cowley werden England vertreten. Der vollkommene Einklang, der zwischen England und Frankreich über die wichtigen Lebensfragen herrscht, welche der Konferenz vorzulegen sind, macht es zur Gewißheit, daß die Eröffnung unter den günstigsten Auspizien erfolgen wird, und wir vertrauen, daß die Unterhandlung zu den glücklichsten Resultaten führen möge.“ — Der ministerielle „Observer“ bestätigt die Wahl Clarendons, welche den einmüthigen Beifall der englischen Presse erhält.

Aus Berlin schreibt man der Köln. Ztg.: Der Artikel des Journal de St. Petersburg vom 7. Januar (o. St.) wird viel besprochen. Die Art und Weise der russischen Annahme ist darin in der That am 25. Januar nach dem Nesselrode'schen Briefe an Esterhazy vom 16. bezeichneten Form angegeben, als „Entwurf der Präliminarien zu Friedens-Unterhandlungen.“ Die in dem Artikel angeführte russische Depesche vom 11./23. Dezember kreuzte sich bekanntlich fast mit der Esterhazy'schen Mission und sollte derselben zuvorkommen, um Deutschland durch Rußlands Entgegenkommen zu theilen und Bamberg festzuhalten. Dagegen beantwortet die noch nicht veröffentlichte Depesche vom 24. Dezember (5. Januar) direkt die Esterhazy'schen Bedingungen durch eine Korrektur derselben. In Bezug auf den Art. 5 enthält diese letztere Depesche den bemerkenswerthen noch jetzt wichtigen Passus, daß Oesterreichs beruhigende Erklärung dieses Punktes zu wenig präzis sei, um die Ungewißheit, die diese Clause hervorbringt, zu beseitigen. „Diese Unsicherheit“, heißt es, „müsse einen bedenklichen Einfluß üben und den sogar angenommenen und unterzeichneten Präliminarien den Charakter definitiver Stipulationen benehmen.“ Den Punkt 5 wollte Rußland damals aus diesem Grunde einfach „eliminiert“ haben. Es äußerte auch die Ansicht, er müsse seiner Natur nach nicht allein zwischen den in den Kampf verwickelten Mächten, sondern auf einem europäischen Kongresse geregelt werden. Außer diesen allgemeinen Einwürfen gegen die Esterhazy'schen Bedingungen machte Rußland auch noch geltend, daß durch dieselben materielle Garantien nur von Rußland, nicht von der Türkei verlangt würden. Rußland gab zu bedenken, ob nicht dadurch der Keim zu künftigen Verwicklungen gelegt werde. Es folgte dann die schon bekannte Kritik der einzelnen Punkte und am Schluß die damals vorgeschlagene Korrektur. So viel, was den historischen Faden der Unterhandlungen angeht. Die Entwicklung der gegenwärtigen Situation beginnt je mehr und mehr zu rechtfertigen, was ich Ihnen über die Wahrscheinlichkeit eines vorläufigen Kompromisses und die Eröffnung der Friedens-Konferenzen gemeldet habe.

Ein Schreiben der „Pr. Corresp.“ aus Silistria vom 14. Januar enthält folgendes: Nach den uns vorliegenden Berichterstattungen der englischen und französischen Intendanten ist auf das beabsichtigte Einrücken eines größeren Truppenkorps nach den Gegenden von hier, Hirsova, Matichin, Sattscha und Tultscha für die nächste Zeit zu schließen. Größere und kleinere Abtheilungen türkischer Truppen treffen von der Krim fast wöchentlich ein; so am 10. ein Regiment ägyptischer Infanterie, das nach Schumla und Hasgrad dislociert wurde.

## Deutschland.

**§§ Berlin, 30. Januar.** Die zur Berathung über den die letzten Abgeordneten-Wahlen betreffenden Antrag des Grafen Schwerin gewählte Kommission hat durch den Abgeordneten Heyse Bericht erstatten lassen, welcher heut in die Hände der Abgeordneten gelangt ist, demnächst also zur Berathung kommt. Daß die Kommission den Uebergang zur Tagesordnung empfohlen, habe ich Ihnen bereits mitgetheilt. Ich beile mich, Ihnen das Interessanteste aus dem umfangreichen Bericht selbst zu geben.

Als Zweck des Antrages bezeichnet die Kommission, „daß das Ministerium eine Untersuchung darüber eintreten lasse, in wie weit durch Organe der Regierungsgewalt eine die Freiheit der letzten Abgeordneten-Wahlen beeinträchtigende Einwirkung geübt worden ist.“

Der bei den Kommissions-Berathungen anwesende Antragsteller erklärte: daß nach seiner eigenen Auffassung sich nicht sowohl die Organe der Regierungsgewalt als das Staatsministerium selbst ungelegliche und ungerechtfertigte Eingriffe in die Wahlfreiheit erlaubt habe, und daß er bei Einbringung des Antrags vor Allem beabsichtigt habe, eine politische Untersuchung darüber herbeizuführen, ob und in wie weit das Staatsministerium hierbei die Gesetze des Landes verletzt.

In Ermangelung eines Gesetzes über Verantwortlichkeit der Minister habe er darauf verzichten müssen, das Ministerium wegen seiner Handlungsweise direkt zur Verantwortung zu ziehen, die Stellung eines Antrages auf Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der thatsächlichen Verhältnisse — wie sie der Art. 82. der Verfassungs-Urkunde zuläßt — sei ihm nicht zweckmäßig erschienen, es sei daher nichts übrig geblieben, als durch eine Verhandlung im Pleno des Hauses, das Ministerium von der Ungeleglichkeit seines Verfahrens zu überzeugen, und sofern dies nicht





